

LNVG genehmigt ab 2005 nationale und internationale Busverkehre Gorka: „Verwaltungsmodernisierung zahlt sich aus“

Hannover, den 13. Dezember 2004 Die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG) mit Sitz in Hannover erhält zum Jahresanfang neue Aufgaben im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Bislang allein für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Niedersachsen verantwortlich, ist die Landesgesellschaft künftig auch für den ÖPNV mit Bussen und Straßenbahnen zuständig. Aufgrund einer Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes werden der LNVG auf diesem Gebiet ab erstem Januar 2005 hoheitliche Befugnisse übertragen. Diese waren bislang den vier Bezirksregierungen vorbehalten, die im Zuge der Verwaltungsmodernisierung zum Jahresende aufgelöst werden.

„Dadurch haben wir in Niedersachsen erstmals die Chance, straßen- und schienengebundenen Nahverkehr in einer Hand zu bündeln“, unterstreicht Geschäftsführer Dr. Wolf Gorka die Vorteile dieser Verwaltungsmodernisierung. Zu den neuen Aufgaben zählen insbesondere die Erteilung von Liniengenehmigungen an Unternehmen im Bus- und Straßenbahnverkehr nach den Vorschriften des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG). Anders als im SPNV erhalten die Bus- und Straßenbahn-Unternehmen immer eine linienbezogene Konzession. Diese gilt längstens 8 Jahre (Bus) bzw. 25 Jahre (Straßenbahn) und schützt die ÖPNV-Unternehmen und ihre Investitionen in dieser Zeit vor Konkurrenz.

Allerdings plant die EU-Kommission eine Liberalisierung der europäischen Nahverkehrsmärkte. „Europaweite Ausschreibungswettbewerbe um das beste Preis-Leistungsverhältnis im straßengebundenen ÖPNV könnten dann zur Regel werden“, wagt Gorka einen Blick in die Zukunft. Bis dahin, so der Geschäftsführer, werde es aber wohl noch einige Jahre dauern. Die Brüsseler Kommission entwickle derzeit eine neue Verordnung zur Marktöffnung, der das Europäische Parlament und der Ministerrat zustimmen müssten.

Auch die Ausgleichszahlungen des Landes an die Verkehrsunternehmen für die Beförderung von Schülern, Studenten und Auszubildenden im Linien-ÖPNV werden künftig bei der LNVG beantragt, genehmigt und ausgezahlt. Dabei geht es jährlich um rund 90 Millionen Euro. Soviel erhalten die Verkehrsbetriebe als finanziellen Ausgleich für Fahrpreis-Ermäßigungen. Ohne diese Ausgleichsleistungen wären vor allem im ländlichen Raum Linienverkehre mit Bussen kaum wirtschaftlich zu betreiben.

Weniger im Nah- als im Fernverkehr bewegen sich grenzüberschreitende Busverkehre, für die ebenfalls die LNVG verantwortlich sein wird. Auslandslinien zum Beispiel von Hannover nach Stockholm, von Oldenburg nach Kaliningrad oder von Osnabrück ins sizilianische Riesi müssen ab 2005 bei der Landesnahverkehrsgesellschaft beantragt und genehmigt werden. Gerade dieser Verkehrsmarkt, ist man in der LNVG überzeugt, werde auch im Zuge der EU-Osterweiterung noch stark wachsen.